

## Privatisierung

Infrastruktur und  
DaseinsvorsorgeDer Trend geht wieder  
zu mehr Staat

Die Privatisierungswelle des vergangenen Jahrzehnts bei der öffentlichen Hand ist zwar vorbei, meint der Verwaltungsrechtler Martin Burgi. Aber die Abgabe von Aufgaben durch den Staat an Private bleibt weiter ein Thema. Erst recht, wenn die Schuldenbremse der Föderalismusreform ab dem Jahr 2020 greift.

Von Marcus Dischinger

STUTTGART. An vier Stellen taucht im Koalitionsvertrag der Landesregierung aus Grünen und SPD das Wort „Privatisierung“ auf. Und in jedem Fall geht es darum, die Übertragung von Aufgaben an eine nicht staatliche Stelle zu verhindern, wieder rückgängig zu machen oder eine kritische Bewertung abzugeben.

Landesregierung kritisiert Trend  
zur Privatisierung von Kliniken

Verhindern wollen die Koalitionäre so, dass die Entsorgung von Wasser und Abwasser sowie der Betrieb von Kanalnetzen Privatsache wird oder bleibt. Diese Felder eigneten sich nicht für „Finanzierungsexperimente“, heißt es im Fahrplan der neuen Landesregierung für die Legislaturperiode bis 2016. Oder beim Thema Krankenhaus: „Wir sehen den Trend zur zunehmenden Privatisierung von Kliniken kritisch und werden uns insbesondere für öffentliche und freigemeinnützige Träger einsetzen, um die Trägervielfalt zu erhalten“, lautet die Einschätzung in diesem Fall.

Ein klares Nein sagt Grün-Rot auch zur Privatisierung der Landesbank Baden-Württemberg. Und schließlich soll rückgängig gemacht werden, was die vorherige Landesregierung angesprochen hat: die Privatisierung der Justiz. Insbesondere die Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg wird im Koalitionsvertrag als „verhängnisvolle Fehlentwicklung“ bezeichnet, die



Bei Bühl wird die Autobahn A 5 von vier auf sechs Spuren verbreitert – im Rahmen eines PPP-Projekts, das im Jahr 2009 begann und gut voranschreitet. Dennoch könnte diese Form der Finanzierung in Baden-Württemberg einzigartig bleiben. Für Finanzminister Nils Schmid (SPD) sind derartige Autobahnprivatisierungen „Wolkenkuckucksheime“. FOTO: SCHWARZ

gestoppt werden muss (siehe Beitrag unten).

Nach Ansicht von Martin Burgi, Professor am Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Uni Bochum, wird durch den Regierungswechsel in Baden-Württemberg kein neuer Trend gesetzt. „Der Hang zur Privatisierung war schon einmal stärker ausgeprägt“, sagt der Experte, der aus Baden-Württemberg stammt und in Konstanz studiert hat. Noch bis vor einigen Jahren sei er in der Regel als Vortragsredner zur Privatisierung eingeladen worden. Inzwischen sei es umgekehrt: „Allein in den kommenden Wochen habe ich zwei Termine, wo ich zum Thema Rekomunalisierung spreche.“

Eine regelrechte Privatisierungswelle hat es in den 1990er-Jahren und Anfang des neuen Jahrtausends gegeben. „Die Welle hat ihren Höhe-

punkt überschritten“, sagt Burgi, der als Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren des Bundestags und mehrerer Landtage fungiert. Er nennt Gründe: „Die Finanzkrise hat einen großen Vertrauensverlust produziert, da herrscht bei den Kommunen eher die Meinung vor, im Zweifel nicht zu privatisieren.“

Ausbau der Ganztagschule bietet  
Privaten neues Betätigungsfeld

Ausnahmen bestätigten die Regel: Bei der Abfallentsorgung oder beim Thema Krankenhaus steige die Bereitschaft der öffentlichen Hand, private Dienstleister ins Boot zu holen. Dagegen gebe es in vielen Bereichen das Bestreben, einst Privatisiertes zurückzuziehen – so beispielsweise Leitungsnetze, die wieder in die Hand der eigenen Stadtwerke

übertragen werden. In den meisten Fällen wurden dabei lediglich Organisationsprivatisierungen vorgenommen: Das Sagen behielten der zuständige Bürgermeister oder Gemeinderat.

Das Ende des Trends zur Privatisierung hat aus Burgis Sicht auch politische Gründe. Bei SPD und Grünen, die mittlerweile in den Bundesländern eine Mehrheit haben, sei Privatisierung weniger gefragt. Aber selbst das ist in seinen Augen keine Regel ohne Ausnahme. In Nordrhein-Westfalen sei unter der rot-grünen Regierung Clement „auf breiter Front“ privatisiert worden.

Für Baden-Württemberg sieht Burgi in den kommenden Jahren allerdings auch Felder, in denen der Anteil an Privatisierungen deutlich zunehmen werde. Beispielsweise bei der Ganztagschule, die zuneh-

mend die Regel werde. So sei es bei der Frage der Verpflegung von vornehmlich klar, dass dies ein privater Dienstleister übernimmt.

„Kein Allheilmittel zur Sanierung  
öffentlicher Haushalte“

Sein Fazit: Das Befürworten oder Ablehnen von Privatisierungen hängt sehr vom Thema ab. Daraus ergebe sich eine uneinheitliche und auch nicht widerspruchsfreie Handlungsweise der Akteure. Ein Allheilmittel zur Sanierung von Haushalten sei die Privatisierung jedenfalls nicht. „Bei kluger Handhabung kann sie aber dazu beitragen, bei schlechter können die Probleme noch größer werden.“ Entscheidend sei die Frage, wie der bisherige kommunale Träger in dem zu privatisierenden Feld aufgestellt sei.

Rainer Stickelberger hält nichts davon,  
bloß auf die Kosten zu schauen

Minister will privaten Betrieb der Justizvollzugsanstalt Offenburg stoppen

STUTTGART. Es war ein Vorzeigeprojekt der schwarz-gelben Landesregierung: Sowohl beim Neubau der Justizvollzugsanstalt (JVA) Offenburg als auch bei ihrem Betrieb mischten Private mit. Zum einen ist der Neubau in Form einer Public Private Partnership (PPP) realisiert worden, bei dem das Land für den Bau in den kommenden 20 Jahren eine Festsumme an den ausführenden Baukonzern zahlt. Zum anderen wurde der Betrieb der Anstalt mit 440 Plätzen für Straf- und Untersuchungshaft teilprivatisiert.

Damit könnte es in absehbarer Zeit allerdings ein Ende haben: Der Vertrag mit dem Dienstleister soll nach dem Willen des neuen Justizministers Rainer Stickelberger (SPD) im Juni 2014 nicht mehr verlängert werden. Die Aufgaben sollen wieder vollständig in die staatliche Hand übergehen.

Derzeit sind nach Angaben einer Ministeriumssprecherin 40 Prozent der Aufgaben an einen privaten Dritten vergeben. Darunter fallen unter anderem die Vermittlung sozialer, schulischer und beruflicher Kompetenzen und die Gebäudereinigung. In staatlicher Hand verblieben sind die Vollzugsplanung, Ent-

scheidungen über Lockerungen des Vollzugs und die Anordnung von Disziplinarmaßnahmen, ebenso die Organisationshoheit, die Gesamtsteuerung der JVA und die Überwachung der Dienstabläufe.

Die alte Landesregierung hatte errechnet, so würden rund 200.000 Euro eingespart. Nach Meinung des Ministers rechtfertigten diese Einsparungen die Risiken einer Teilpri-

privatisierung nicht. Stickelberger hält den Justizvollzug nicht für Privatisierungen geeignet – Ausnahmen wie den Einkauf ausgenommen. Im Ministerium geht man davon aus, dass rund 100 Stellen geschaffen werden müssen, um den Betrieb ausschließlich mit staatlichen Mitarbeitern betreiben zu können. Dies soll kostenneutral gegenüber der jetzigen Betriebsform erfolgen. (dis)



Die Vermittlung beruflicher Kompetenzen ist ein jener Aufgaben, die bislang an der Justizvollzugsanstalt Offenburg von Privaten erledigt wurden. FOTO: DPA

Wenn es nach Nils Schmid geht,  
bleibt die PPP-Autobahn ein Einzelfall

Für Finanzminister sind Privatisierungen „Wolkenkuckucksheime“

STUTTGART. Zwei der wichtigsten deutschen Autobahnen, beide mit extrem hoher Fahrzeugbelastung, verlaufen durch Baden-Württemberg. Und beide werden derzeit in Teilabschnitten von vier auf sechs Fahrspuren ausgebaut. Unterschiedlicher könnte die Vorgehensweise beim Ausbau aber nicht sein.

Auf der A 8 zwischen Karlsruhe und Ulm wird die Strecke auf viele Jahre und auf kleine Abschnitte verteilt durch Mittel des Bundes in dreistelliger Millionenhöhe ausgebaut. Bauträger ist hier der Bund, der sich bei der zum Teil aufwendigen und schwierigen Ausführung durch das Land und das Regierungspräsidium vertreten lässt.

Bei der A 8 zwischen Karlsbad  
und Pforzheim ist der Staat Bauherr

Derzeit wird unter anderem zwischen den Anschlussstellen Karlsbad und Pforzheim-West für geschätzte 120 Millionen Euro der Ausbau vorangetrieben – inklusive Bau von jeweils zwei komplizierten Brückenwerken und Überführungen. Fertiggestellt sein sollen der rund neun Kilometer lange Streckenabschnitt im Jahr 2014.

Ganz anders auf der A 5. Im Rheintal erledigt auf einer Strecke von rund 60 Kilometern ein privater Investor den Ausbau. Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung hatte ergeben, dass eine Realisierung als Public Private Partnership (PPP) die bessere Variante darstellt.

Ausbau im Rheintal kommt  
schneller voran als gedacht

Den Zuschlag erhielt die Arbeitsgemeinschaft aus drei Firmen – dies sind Vinci, Meridiam und Kirchhoff, eine Strabag-Tochter – am 1. April 2009, Baubeginn war schon ein Monat später.

Der Ausbau zwischen Baden-Baden und Offenburg kommt derzeit schneller voran als der Zeitplan es vorsieht. Ende 2013 soll die komplette Strecke auf sechs Fahrstreifen ausgebaut sein. Nach Fertigstellung der Arbeiten wird der private Investor per Vertrag mit dem Bund den Abschnitt für 30 Jahre, also bis zum Jahr 2039, erhalten und betreiben. Kalkuliert wird mit 670 Millionen Euro für Bau, Betrieb und Erhalt des Autobahnabschnitts. Weitere 180 Millionen Euro sind für die Vorfinanzierung fällig.

## Stimmen zum Thema



Friedrich Bullinger, FDP  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag

Hoheitliche Aufgaben, insbesondere der Daseinsvorsorge, müssen in staatlicher Hand bleiben. Ein Beispiel ist die Wasserversorgung. Privatisierung ist sinnvoll, wo eine Aufgabenerledigung durch Dritte in gleicher Weise erfolgen kann. Die kommunalen Grünflächen müssen nicht von Beamten gepflegt werden. Deshalb ist der liberale Grundsatz „Privat vor Staat“ im Gemeindefinanzrecht des Landes verankert.



Andrea Lindlohr, Grüne  
wirtschaftspolitische Fraktions-  
sprecherin im Landtag

Hoheitliche Aufgaben muss der Staat in einer Demokratie selbst wahrnehmen. Darum beenden wir den schwarz-gelben Privatisierungssirrwir im Justizvollzug. Bei den Kommunen haben sich Privatisierungen oft als teuer erwiesen. Wir stärken die Kommunen in der Daseinsvorsorge und unterstützen die Neugründung von Stadtwerken. Private Unternehmen können dennoch Partner der öffentlichen Hand sein, etwa beim Einsparen von Energie in Gebäuden durch Energie-Contracting.

Das Projekt wird durch einen Anteil an der Lkw-Maut finanziert. Wie hoch dieser ist, ist Geschäftsgeheimnis: Weder der Bund noch der Konzeptionsnehmer, die Via Solutions Südwest in Bühl, geben dazu Auskunft. Das Risiko eventueller Kostensteigerungen durch unvorhergesehene Ereignisse liegt aufseiten des Betreibers.

Wenn man die jüngsten Äußerungen von Finanzministers Nils Schmid (SPD) betrachtet, ist die A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg wohl der letzte Abschnitt im Bundesland, der auf diese Art und Weise ausgebaut wird. In der letzten Landtagsitzung vor der Sommerpause sagte Schmid, Autobahnprivatisierungen seien „Wolkenkuckucksheime“. Das Land brauche stattdessen einen größeren Anteil an Bundesmitteln für die Lösung seiner Verkehrsprobleme.

CDU-Fraktionschef sieht  
Privatisierung als Ausweg

CDU-Fraktionschef Peter Hauk hatte zuvor gefordert, Autobahnabschnitte zu privatisieren, wenn der Bund nicht mehr für Erhalt und Ausbau sorgen könne. (dis)